

Liebe Freunde,

die CSU wird mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl am 24. September ziehen. Wie kaum ein anderer verkörpert er seit nunmehr fast zehn Jahren bayerische Kompetenz und Erfolg beim wahlentscheidenden Thema der inneren Sicherheit. Zudem war er neben Bundesminister Alexander Dobrindt immer Ansprechpartner Nummer 1 für mich als Verkehrspolitiker bei wichtigen Infrastrukturprojekten in der Region Landshut-Kelheim.

Bayern ist das sicherste Land in Deutschland. Kein Land investiert so nachhaltig in die innere Sicherheit: Mit rund 42.000 Stellen haben wir heute den höchsten Personalstand in der Geschichte der bayerischen Polizei. Bis 2020 kommen jedes Jahr zusätzlich 500 Stellen hinzu. Auch Ausstattung und Befugnisse der Polizei werden weiter verbessert. Die Polizei kann sich auf die CSU verlassen. Wir kämen nie auf die Idee, die Polizei für konsequentes und erfolgreiches Eingreifen zu kritisieren – wie die Grünen – oder die Bürger beim Kampf gegen Drogenkriminalität im Stich zu lassen – wie das rot-rot-grün regierte Berlin.

Allein in dieser Woche haben wir Gesetze zur Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme, zur Nutzung von Fluggastdaten für die Terrorbekämpfung und zum besseren Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen verabschiedet. Bereits zuvor hatten wir die Sicherheitsbehörden bei Personal, Ausstattung und Befugnissen deutlich gestärkt. Innere Sicherheit ist unser Markenkern!




Florian Oßner MdB



Interview
„Sicherheit ist in Bayern nicht vom Himmel gefallen“ > S. 2



Innere Sicherheit
Sicherheit im Fokus > S. 4



Veranstaltung
Fraktion lädt zum Tag der Inneren Sicherheit > S. 5

Weitere Themen

Brexit
Verhandlungen im Interesse der Menschen führen > S. 7

Kommentar
Rentenpolitik mit Augenmaß > S. 9

Türkei
„Die Türkei hat sich von Europa verabschiedet“ > S. 10

Kita-Ausbau
Mehr Geld für mehr Kita-Plätze > S. 11

Verschiedenes
Termine der Woche > S. 12

Folgen Sie uns:



Interview

„Sicherheit ist in Bayern nicht vom Himmel gefallen“



© Bundespolizei

Diese Woche war im Bundestag die Woche der inneren Sicherheit. Gleichzeitig wurde die Kriminalstatistik 2016 veröffentlicht. Ein Befund: Bayern hat die niedrigste Kriminalität und die höchste Aufklärungsquote. Michael Frieser, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, erklärt im Interview die wichtigsten Maßnahmen für mehr innere Sicherheit und bei welchen Punkten die SPD blockiert.



© Thomas Lothar

Was sind die wichtigsten Gesetze zur inneren Sicherheit, die in dieser Woche verabschiedet wurden?

Das Entscheidende ist, dass wir nach wie vor unsere Polizistinnen und Polizisten sowie unsere Ermittlungsbehörden für die geänderten Voraussetzungen wirklich fit machen. Gerade aktuell wollen wir deutlich machen, dass wir unsere Polizistinnen und Polizisten besser schützen. Das heißt konkret, dass die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte nunmehr schärfer bestraft wird. Das ist etwas, woran uns wirklich gelegen ist. Das BKA-Gesetz

muss geändert werden, die IT-Voraussetzungen müssen geändert werden. Wir müssen die Leute tatsächlich auf das vorbereiten, was notwendig ist.

Welche wichtigen Vorhaben sind noch offen und werden von der SPD blockiert?

Wir müssen schauen, dass wir beispielsweise auch den Wohnungseinbruchsdiebstahl weiterhin auf der Tagesordnung haben. Dabei kommt es maßgeblich darauf an, dass wir auch im Vollzug, in den Ermittlungen, auf Verbindungs- sowie Mobilfunkdaten zugreifen können und somit den Ermittlungsbehörden die richtigen Instrumente mit an die Hand geben.

Es ist immer noch so, dass die Maghreb-Staaten, das heißt Algerien, Marokko, Tunesien keine sicheren Herkunftsstaaten sind. Die Kriminalstatistik belegt erneut, dass dort die meisten Gewalttaten passieren. Das ist etwas, wo die SPD wirklich dauerhaft auf die Bremse tritt.

[> weiterlesen](#)

Bayern ist laut Kriminalstatistik das sicherste Bundesland. Was wird anders gemacht als zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen?

Wenn man sich allein anschaut, dass in NRW ein Drittel weniger Polizistinnen und Polizisten und Verwaltungsbeamte im gesamten Polizistenapparat stecken, dann ist es auch nachvollziehbar, warum gerade dort die Wahrscheinlichkeit fünfmal so hoch ist, Opfer einer Straftat zu werden. Und das zeigt letztendlich auch, dass wir diesen Staat kaputtgespart haben.

Herr Jäger läuft von einem Untersuchungsausschuss zum anderen. Der Fall Amri auf der einen Seite und dann die Frage nach der Silvesternacht in Köln auf der anderen: Der Mann ist eine wirkliche Belastung, nicht nur für Nordrhein-Westfalen. Bayern hat auch eine Sicherheit, für die wir kämpfen müssen. Die Sicherheit ist doch auch in Bayern nicht vom Himmel gefallen! Investitionen in den Staat und Investitionen in die Sicherheitsbehörden - das ist, was den wesentlichen Unterschied ausmacht. Und vor allem, wenn es um die Aufklärungsquote geht: Da muss NRW wirklich stark nachrüsten.

Bundesweit sind laut Statistik die Gewalttaten allerdings gestiegen. Woran liegt das und welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Gewaltdelikte haben sich grundlegend verändert. Wir sind in der Statistik gar nicht so sehr nach oben gegangen, wie wir befürchtet hatten. Aber vor allem bei der Begehung, den Deliktsformen, der Brutalität, die tatsächlich in diesen Gewaltdelikten steckt - da muss man sagen, haben leider Gottes Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten einen ganz unrühmlichen Platz in der Statistik oben.

Das heißt, wir müssen schauen, dass wir einerseits die Flüchtlingszahlen nach wie vor begrenzen, weil vor allem Opfer dieser Gewalttaten andere wirklich Schutzberechtigte sind. Und das bedeutet andererseits natürlich auch, dass wir darauf achten müssen, dass unsere Ermittlungsbehörden und unsere Polizisten richtig ausgestattet sind. Vor allem wenn es dabei um Gewalt gegen diejenigen geht, die für uns eigentlich den Kopf hinhalten. Genau die Polizisten, die bei uns in der vordersten Reihe stehen, die müssen wir tatsächlich schützen.

Innere Sicherheit

Sicherheit im Fokus

In dieser Woche sind wieder eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen zur inneren Sicherheit verabschiedet worden. Das zeigt: Die CSU-Landesgruppe steht für Ordnung und Sicherheit. Hier die wichtigsten verabschiedeten Novellen im Überblick:

Harte Strafen für Gewalt gegen Einsatzkräfte

Gewalt gegen Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute im Einsatz wird strenger bestraft: Es drohen bis zu fünf Jahre Haft. Dies gilt auch für gewalttätige Angriffe auf Polizisten bei allgemeinen Diensthandlungen, zum Beispiel bei Streifengängen oder bei Unfallaufnahmen. Hintergrund ist die alarmierende Zunahme von Angriffen dieser Art. Ebenfalls härter bestraft werden können sogenannte „Gaffer“, die Einsatzkräfte in unverantwortlicher Weise bei ihrer Arbeit behindern.

EU-weiten Informationsaustausch verbessert

Das BKA, die Bundespolizei, der Zollfahndungsdienst und die Polizeien der Länder erhalten einen erweiterten Zugang zu Daten von Europol. Damit werden die Grundlagen für einen besseren Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden in Europa geschaffen und Verbesserungen bei der grenzüberschreitenden Strafverfolgung auf den Weg gebracht.

Keine Gesichtsverhüllung von Beamten im Dienst

Beamte, Soldaten und Wahlhelfer dürfen künftig ihr Gesicht bei Ausübung ihres Dienstes oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug nicht verhüllen. Ausnahmen sollen nur zu gesundheitlichen oder dienstlichen Zwecken wie beispielsweise zum Infektionsschutz möglich sein. Daneben werden Regelungen getroffen, die sicherstellen, dass die Feststellung der Identität durch den Abgleich von Lichtbild und Gesicht einer Person möglich ist, etwa bei Behördenengängen.

BKA als zentrale Anlaufstelle

Mit der Novellierung des Bundeskriminalamtgesetzes wurden Maßnahmen zur Stärkung des Datenschutzes, zur Harmonisierung und Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Polizeibehörden in Europa sowie zur Modernisierung des Bundeskriminalamtes (BKA) beschlossen. Die Zentralstellenfunktion des BKA wurde gestärkt, unter anderem durch die Einführung einer einheitlichen Informationstechnik. Das BKA erhält zudem wichtige Befugnisse, die die Überwachung von Gefährdern erheblich erleichtern.

Überwachung per Fußfessel von extremistischen Straftätern

Verurteilte Extremisten können künftig im Anschluss an die Haft mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Dies gilt für Straftäter, die wegen schwerer Staatschutzdelikte verurteilt waren. Zu diesen Delikten zählen beispielsweise die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Terrorismusfinanzierung sowie die Unterstützung in- und ausländischer terroristischer Vereinigungen. Auch reichen für die Anordnung zwei statt wie bisher drei Jahre Haft.

Datenschutzrecht anpassen

Deutschland muss sein Datenschutzrecht an das geänderte Datenschutzrecht der EU anpassen. Kernstück des Gesetzes ist die Neustrukturierung des Bundesdatenschutzgesetzes. Neugefasst wird auch das Gesetz zur Überprüfung von Personen, die sicherheitsempfindliche Tätigkeiten ausüben (Sicherheitsüberprüfungsgesetz) sowie das sogenannte Artikel-10-Gesetz zum Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.

Mehr Cybersicherheit gewährleisten

Die Befugnisse des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik wurden erweitert und der Schutz von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung vor Cyber-Angriffen verbessert. Grundlage ist der einheitliche Rechtsrahmen für den EU-weiten Ausbau nationaler Kapazitäten für die Cyber-Sicherheit, der auf EU-Ebene geschaffen wurde. Er legt auch die Grundlagen für eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fest.

Fluggastdaten zur Terrorbekämpfung nutzen

Fluggastdaten können künftig von den Sicherheitsbehörden zum Zweck der Verhinderung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität verwendet werden. Die Luftfahrtunternehmen werden zur Übermittlung dieser Daten verpflichtet.

Veranstaltung

Fraktion lädt zum Tag der Inneren Sicherheit



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Konsequentes Abschieben straffälliger Ausländer, mehr Polizei und deren bessere Ausstattung: Sicherheit ist für uns oberste Aufgabe des Staates. Unter dem Motto „Bürger und Staat schützen“ unterstrich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch beim Tag der Inneren Sicherheit ihre Kernkompetenz.

Gerda Hasselfeldt machte in ihrer Rede deutlich, dass sich die Union nicht nur bei dieser Veranstaltung dem Thema Sicherheit widmet, sondern auch in dieser Woche eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet wurden - maßgeblich auf Drängen der Union. „Das ist die Woche der Sicherheit“, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe.



[> weiterlesen](#)



Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ebenfalls auf dem Kongress sprach, mahnte, dass die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarteten, dass der Staat für Sicherheit Sorge. Sicherheit müsse aber vor allem auf europäischer Ebene gewährleistet werden. Und da sei noch Luft nach oben, machte Merkel deutlich. Sie unterstrich, dass die Union weiter mit aller Intensität daran arbeite. Dazu gehöre es, auch auf nationaler Ebene das Personal gut auszubilden und Sicherheitsbehörden modern auszustatten.

Auch Bundesinnenminister de Maizièrre war beim Tag der Inneren Sicherheit zu Gast. Er stellte klar: „Sicherheitspolitik kann und sollte nicht die Verstärkung der Angst sein.“



Brexit

Verhandlungen im Interesse der Menschen führen



© picture alliance/BREUEL-Bild

Die Fakten sind geschaffen – das EU-Austrittsgesuch Großbritanniens liegt auf dem Tisch. Doch wie geht es nun weiter? Wie antworten die verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten? Am Samstag kommen die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zusammen, um Leitlinien für die Brexit-Verhandlungen zu verabschieden. Über diese Leitlinien debattierten die Abgeordneten am Donnerstag im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin.

Für die Verhandlungen, an deren Ende der Austritt des Königreiches aus der EU nach dann 46-jähriger Mitgliedschaft steht, haben die Staaten nun zwei Jahre Zeit. „Klar muss sein: Am Ende darf nicht ein zerrüttetes Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien stehen, sondern am Ende muss es zur Fortsetzung der guten, der erfolgreichen und der vertrauensvollen Beziehungen kommen“, erklärte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede. „Das sollte die Zielsetzung sein, auf die wir uns in den nächsten zwei Jahren

hinbewegen.“ Aber: „Natürlich muss gelten, dass ein Nicht-Mitglied nicht dasselbe ist wie ein Mitglied.“

Hasselfeldt betonte, dass die Brexit-Verhandlungen vor allem im Interesse der Menschen in Europa zu führen seien. Wichtig sei dabei, die Rechtsposition für die Bürgerinnen und Bürger klarzustellen, Klarheit und Planungssicherheit für die Wirtschaft zu schaffen und das weiterzuführen, was außerhalb des Binnenmarkts schon erreicht worden ist wie die Zusammenarbeit bei der inneren und äußeren Sicherheit oder in Forschung und Wissenschaft.

Abgeordnete unterstützen EU-Position

Mit einem Entschließungsantrag machten die Abgeordneten ihre Position noch einmal klar. Sie begrüßten, dass sich die EU für ein geordnetes Verfahren einsetzt, mit dem Unsicherheiten und Verwerfungen vermieden werden sollen. Der Zusammenhalt



der verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten müsse Priorität haben. Deutschland liege viel an freundschaftlichen und engen Beziehungen der EU 27 mit dem Vereinigten Königreich. Der Deutsche Bundestag unterstützt in dem Entschließungsantrag jedoch ebenfalls das Prinzip, dass Großbritannien von der EU nicht besser, aber auch nicht schlechter behandelt werden darf, als jeder andere Drittstaat, mit dem die EU Vereinbarungen trifft. Eine „Rosinenpickerei“ durch das Vereinigte Königreich darf es nicht geben. So muss, wer die Rechte und Vorteile des Binnenmarktes genießen will, auch die mit ihm verbundenen Pflichten erfüllen. Auch wollen sich die Abgeordneten dafür einsetzen, dass die EU in den Verhandlungen geschlossen auftritt und mit einer Stimme spricht.

Brexit auch als Chance sehen

Hasselfeldt sieht im Brexit trotz der Riesenherausforderung auch eine Chance zur Erneuerung der EU, zum Beispiel beim Missbrauch der Freizügigkeit. Und, so mahnte die CSU-Politikerin an: „Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Die Nationalstaaten müssen ihre Aufgaben schon selbst bewältigen.“ Sie stellte aber ebenfalls fest: „Auch wenn wir so manches in Europa kritisch sehen – wir haben in dieser Hinsicht ja Aufgaben zu bewältigen –, muss festgehalten werden: Diese europäische Einigung ist eine einzigartige historische Erfolgsgeschichte.“

Kommentar zur Erwerbsminderungsrente Rentenpolitik mit Augenmaß



© picture alliance/SZ Photo

Wer aus Gesundheitsgründen oder wegen eines Unfalls nicht mehr oder nicht mehr voll arbeiten kann, soll in Zukunft mehr Geld erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf zu den Erwerbsminderungsrenten vor, den die Abgeordneten am Freitag im Bundestag debattierten. Für Stephan Stracke, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, ein zentraler Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut. Hier sein Kommentar.

VON STEPHAN STRACKE



© Henning Schacht

Mit dem Gesetz, das wir am Freitag im Bundestag beraten haben, erhalten Erwerbsminderungsrentner in Zukunft mehr Geld für ihren Lebensunterhalt. Denn für uns als CSU-Landesgruppe gilt: Wer krank ist und nicht mehr arbeiten kann, muss im Alter ausreichend abgesichert sein. Gerade die Menschen, die die Solidarität unserer Gesellschaft am nötigsten haben, müssen besonders abgesichert sein, damit sie nicht von der Grundsicherung abhängig werden.

Daher haben wir in dieser Wahlperiode dafür gesorgt, dass die sogenannte Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrentnern um insgesamt fünf Jahre, von 60 auf 65 Jahre, verlängert wird. Das heißt, bei der Berechnung der Rente werden die Menschen in Zukunft so gestellt, als ob sie bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet hätten. Damit erhalten Erwerbsminderungsrentner ein spürbar höheres Einkommen.

Eine erste Verbesserung haben wir bereits 2014 vorgenommen und die Zurechnungszeit von 60 auf 62 Jahre angehoben. Um die Situation der Erwerbsgeminderten weiter zu verbessern, heben wir diese Schwelle jetzt noch einmal um drei Jahre an.

Bei der Ausweitung der Leistungen für Erwerbsminderungsrentner handelt es sich um Rentenpolitik mit Augenmaß. Wir setzen dort an, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Während lediglich drei Prozent der Altersrentner auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, beträgt der Anteil der Erwerbsminderungsrentner nahezu 15 Prozent. Eine Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes ist damit ein wirksamer und zentraler Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut. Ich begrüße den Gesetzentwurf daher ausdrücklich.

Türkei

„Die Türkei hat sich von Europa verabschiedet“



© picture alliance/AA

Mit 51,4 Prozent der Stimmen haben die Türken der Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei zugestimmt. CSU-Landesgruppenchefin Hasselfeldt bedauert das Ergebnis des Referendums und fordert, die Beitrittsgespräche jetzt auszusetzen.

„Ich bedauere das Ergebnis des Referendums. Die Türkei hat sich von den westlichen Werten und damit von Europa verabschiedet. Es wäre ehrlich, die Beitrittsgespräche jetzt auszusetzen“, erklärte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt nach Auszählung der Stimmen. Trotzdem sei und bleibe die Türkei nicht nur geographisch Nachbar von Europa, sondern auch NATO-Partner und wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den IS-Terrorismus. Erdogan müsse jetzt aber dafür sorgen, dass der tiefe Graben, der durch die Abstimmung offenbar wurde, nicht zu einer unüberwindbaren Spaltung oder gar zu einem Auseinanderbrechen des Landes führe. Auch Stephan Mayer (CSU), der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, warnte mit Blick auf das Ergebnis des Referendums, dass der Weg der Türkei weg von demokratischen und rechtsstaatlichen hin zu deutlich stärkeren autokratischen Strukturen vorgezeichnet sei.

Hasselfeldt hatte sich vor allem von den in Deutschland lebenden Türken ein klares Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gewünscht. Leider sei genau das Gegenteil passiert. „Wenn man den Ergebnissen trauen kann, hat eine große Mehrheit der Türken, die bei uns alle demokratischen Freiheiten in Anspruch nimmt, entweder gar nicht gewählt oder der Verfassungsänderung zugestimmt“, so Hasselfeldt. Damit würden die eigenen Landsleute dazu verurteilt, künftig in einem autoritären Staat zu leben.

Kita-Ausbau

Mehr Geld für mehr Kita-Plätze



© picture alliance/ZB

Die Kindertagesbetreuung wird qualitativ und quantitativ ausgebaut. Der Bund stellt eine weitere Milliarde für 100.000 neue Kita-Plätze zur Verfügung. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Donnerstag im Deutschen Bundestag verabschiedet.

Die Zahlen, Daten und Fakten im Überblick:

In den letzten **10 Jahren** hat sich das Angebot an Kitaplätzen enorm verbessert. **400 000 neue Plätze** sind entstanden. Derzeit gibt es knapp **720 000 Kita-Plätze** für unter Dreijährige. Jetzt werden **zusätzliche 100.000 Kita-Plätze** geschaffen.

Dafür wird sich der Bund am Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau mit **weiteren 1,126 Milliarden Euro** bis zum Jahr 2020 beteiligen. Außerdem wird den Bundesländern durch eine Fristverlängerung bis **zum 31. Dezember 2019** mehr Zeit gegeben, um die entsprechenden Bauvorhaben zu planen. Die Gelder des Bundes können für Neu-, Aus- und Umbauten sowie für Sanierungen und Investitionen in die Ausstattung von Kitas eingesetzt werden. Erstmals beteiligt sich der Bund jetzt auch an der Schaffung von Kita-Plätzen für **Kinder über 3 Jahren**.



© picture alliance/Bildagentur online

Termine der Woche

Zu Gast bei japanischem Botschafter



Zu einem Gespräch in der japanischen Residenz hatte der japanische Botschafter Takeshi Yagi Vertreter der CSU-Landesgruppe am Donnerstagabend eingeladen. Mit Botschaftern von zehn Ländern aus dem asiatisch-pazifischen Raum diskutierten die Abgeordneten die Lage in Südostasien und im Pazifik. Weitere Themen waren die aktuelle deutsche und europäische Politik, die Auswirkungen des Brexits und die Entwicklungszusammenarbeit in der Region.

Mister Sicherheit zu Gast

 **CSU-Landesgruppe** Folgen
@csu_bt

Heute Morgen zum Spitzenkandidaten für **#btw17** gekürt, jetzt bei uns in der CSU-Landesgruppensitzung: Joachim **#Herrmann**, **#MisterSicherheit**.



 **CSU-Landesgruppe** Folgen
@csu_bt

#Herrmann: Bayern ist das Land mit der niedrigsten Kriminalität und der höchsten Aufklärungsquote. **#MehrSicherheit** für ganz Deutschland.

9. Energiepolitischer Dialog



Die Energiewende hat die Stromlandschaft in den letzten Jahren stark verändert. Bei dem letzten Energiedialog der Unionsfraktion in dieser Wahlperiode standen die energiepolitischen Ergebnisse im Mittelpunkt. Ebenfalls Thema: Chancen und Herausforderungen – wie zum Beispiel, Speichermöglichkeiten für Strom zu finden. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein forderte, die Energiewende so technologieoffen und innovationsfreundlich wie möglich zu gestalten und nicht ideologiegetrieben. Er wies darauf hin, dass ein verlässlicher und bezahlbarer Zugang zu Energie das A und O unseres Wohlstandes ist. Dies müsse auch bei der Energiewende berücksichtigt werden.

Impressum

Herausgeber:
Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de
Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@dcdusu.de
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.